



Die Beauftragte
des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Pressemitteilung Nr. 25 vom 6. September 2024

Strausberg: Beratung zur Einsichtnahme in Stasi-Akten und zu SED-Unrecht

Termin 17. September 2024

Ort Stadtverwaltung Strausberg, Hegermühlenstraße 58, 15344 Strausberg

Zeit 14:00 bis 18:00 Uhr

Das Beratungsteam der Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Strausberg und Umgebung zur Beratung vor Ort ein. Das Angebot richtet sich an Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR politisch verfolgt wurden und/oder Einsicht in ihre Stasiakten beantragen möchten, sowie an deren Angehörige.

Die Beratung wird kostenfrei angeboten.

In **Einzelgesprächen** können insbesondere folgende Themen besprochen werden:

Einsicht in die Stasi-Unterlagen

- > Antragstellung (einschl. Decknamen-Entschlüsselung und Wiederholungsanträge)
- > Erläuterung zur Anonymisierung (Schwärzung)
- > Antragstellung als nahe Angehörige von Verstorbenen
- > Anträge für Forschung und Medien

Voraussetzung für die Antragstellung ist ein gültiges Personaldokument zur Identitätsbestätigung.

Beratung zu SED-Unrecht

- > Rehabilitierung von SED-Unrecht nach dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen und Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und sich daraus ergebende Leistungsansprüche
- > verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden
- > psychosoziale Beratungs- und Hilfsangebote

Für Betroffene, die in der DDR in Spezialkinderheimen, Jugendwerkhöfen, Durchgangs- und Sonderheimen untergebracht waren sowie für Opfer von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes der DDR wurden ab dem 29.11.2019 die Rehabilitierungsmöglichkeiten deutlich verbessert.

Für die Beratung vergeben wir im Vorfeld Termine. Ratsuchende bitten wir deshalb, sich telefonisch anzumelden unter 0331/23729217 oder per E-Mail unter buengerberatung@lakd.brandenburg.de